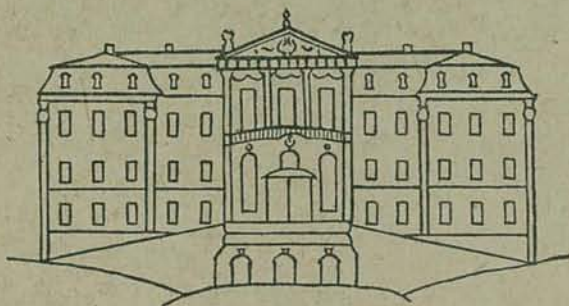


Hefte aus Burgscheidungen

Gerald Götting

**Wir stärken die politisch-moralische
Einheit unseres Volkes**



98

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“
in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union

Hefte aus Burgscheidungen

Gerald Götting

Wir stärken die politisch-moralische
Einheit unseres Volkes

1963

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“
in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union

Nachstehende Ausführungen machte der Generalsekretär der Christlich-Demokratischen Union in der XIV. Sitzung des Hauptvorstandes der CDU am 26./27. Juni 1963 in Berlin

Die gesamte Arbeit unserer Christlich-Demokratischen Union hat die Stärkung unserer Deutschen Demokratischen Republik zum Ziel. Deshalb kreist sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt um zwei politische Grundaufgaben. Einmal geht es um die aktive Einbeziehung aller Teile der christlichen Bevölkerung in die Lösung der großen ökonomischen Aufgaben, die vor uns stehen. Viele unserer Freunde entfalten eine große Initiative bei der Anwendung der modernen Technik, bei der Verbesserung der Leitungstätigkeit und der kollektiven Zusammenarbeit in der sozialistischen Landwirtschaft, in den Genossenschaften des Handwerks und in der Industrie. Wir können mit Freude feststellen, daß immer mehr Geistliche den Wunsch äußern, über das wirtschaftliche Geschehen in ihrem Ort und in ihrem Kreis informiert zu werden. Das sind Zeichen verantwortlicher Anteilnahme christlicher Bürger an unserem Leben in Stadt und Land, die wir von Herzen begrüßen.

Zum anderen geht es um unseren Beitrag zur Verwirklichung des Sieben-Punkte-Vorschlags für ein Abkommen der Vernunft und des guten Willens zwischen den beiden deutschen Staaten, um unseren Beitrag zur Bändigung des deutschen Militarismus und Imperialismus. Beide Aufgaben hängen auf das engste miteinander zusammen. Je schneller es uns gelingt, unseren Staat ökonomisch zu stärken und den umfassenden Aufbau des Sozialismus voranzutreiben, desto größer und gewichtiger ist das Potential, das er in die Waagschale des Weltfriedenslagers werfen kann — desto eher besteht die Aussicht, die Kräfte des kalten und heißen Krieges in Bonn einzudämmen und die Politik der friedlichen Koexistenz auch in Deutschland durchzusetzen.

Die Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten des Sozialismus ist in den letzten Monaten besonders deutlich geworden in den Stellungnahmen breiter Kreise der Weltöffentlichkeit zur friedlichen Lösung der deutschen Frage. Seit der Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, vor dem VI. Parteitag der SED die wesentlichen Elemente der von uns seit Jahren unterbreiteten Vorschläge zur fried-

lichen Lösung der deutschen Frage in seinem Sieben-Punkte-Programm zusammenfaßte, mehrten sich die Stimmen in aller Welt, die in diesem Vorschlag der Vernunft und des guten Willens einen bedeutsamen Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa erkennen.

Englische Labour-Abgeordnete und französische Intellektuelle, afrikanische Gewerkschaftsführer und Vertreter der japanischen Anti-Atomtod-Bewegung, Politiker aus den skandinavischen Ländern und aus Lateinamerika setzen sich für die Verwirklichung dieses Vorschlages ein, weil sie erkennen, daß nur so die von Westdeutschland ausgehende Kriegsgefahr gebannt werden kann.

Wir können mit Genugtuung feststellen, daß unter denen, die – unter dem Eindruck des veränderten Kräfteverhältnisses in der Welt – in diesem Sinne ihre Stimme erheben, zahlreiche Christen und Kirchenmänner aus vielen Ländern sind.

In einem Gespräch mit Vertretern der Parteileitung äußerte Prof. Bernhard Lavergne von der Rechtsfakultät in Paris, ein prominenter Vertreter des französischen Protestantismus: „Die Gedanken des Abkommens der Vernunft und des guten Willens, das Walter Ulbricht zur Lösung des deutschen Problems vorschlägt, sind durchaus sinnvoll; jeder normale Mensch kann sie nur billigen. Ich bin sicher, daß dies die Ereignisse in absehbarer Zeit bestätigen werden.“

Auch der Dekan von Canterbury, Hewlett Johnson, begrüßte den Sieben-Punkte-Vorschlag, weil er nicht nur die Probleme zwischen den beiden deutschen Staaten regeln, sondern auch weitgehend zur Minderung der Spannungen und Schwierigkeiten beitragen könnte, die gegenwärtig in der Welt existieren. „Das würde ein großer Beitrag zum Weltfrieden sein“, sagte der bekannte anglikanische Kirchenmann.

Unser verehrter Freund, der Patriarch der Tschechoslowakischen Kirche, Dr. Miroslav Novak, schrieb auf eine Anfrage zur gleichen Sache: „Für mich als Christen ist das Evangelium Jesu Christi das Kriterium. In seinem Lichte sehe ich den Vorschlag als einen positiven Schritt gegen die Kriegsgefahr, auch gegen den kalten Krieg mit all seiner Hetze, besonders die Punkte 1 und 3 ‚Feierlicher Verzicht auf Gewaltanwendung in jeder Form‘ und ‚Feierlicher Verzicht auf die Erprobung, den Besitz, die Herstellung und den Erwerb von Kernwaffen sowie auf die Verfügungsgewalt über sie.‘ Da steht die Lösung der deutschen Frage in weitem Zusammenhang mit dem Schicksal der Menschheit.“ Dr. Novak fügte hinzu: „Sie fragen, was ich denke. In meinem Gewissen ist die Fragestellung schon lange viel schärfer geworden: Was tue ich? Für mich wie für alle Christen gilt es: Kein

passives Abwarten! Sondern aktive Beteiligung an der Arbeit für den Frieden, für die friedliche Lösung der deutschen Frage, für den Friedensvertrag, der unter den zweiten Weltkrieg endlich einen Schlußpunkt setzen wird. In dem Vorschlag ist ein gangbarer Weg gezeigt worden. Mit neuen Hoffnungen blicken wir in die Zukunft.“

Am 11. und 12. Mai waren in Brüssel über 100 Persönlichkeiten aus 14 europäischen Ländern und aus den USA zu einem Kolloquium über die friedliche Lösung der deutschen Frage zusammen. Alle Teilnehmer, zu denen der katholische Historiker Prof. Dr. Manning von der Universität Nijmegen, Roland Warren aus den USA als Vertreter der Internationalen Quäker-Organisation, Prof. Andrej Ziak, Generalinspektor der Slowakischen lutherischen Kirche, sowie Vikarin Dr. Annelies Schulte und Pastor Theurer aus Westdeutschland gehörten (der DDR-Delegation, deren Mitglied unser Freund Hermann Kalb war, wurde durch das Westberliner Travelboard-Büro die Einreise nach Belgien verweigert) – alle Teilnehmer billigten eine Resolution, die in ihren wesentlichen Teilen mit dem Sieben-Punkte-Vorschlag Walter Ulbrichts völlig übereinstimmte. In ihr werden folgende Forderungen erhoben:

Internationale Bestätigung der Grenzen zwischen beiden deutschen Staaten und ihren Nachbarn.

Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik und Herstellung der unerläßlichen normalen Beziehungen zu ihr; Normalisierung der Beziehungen beider deutscher Staaten untereinander.

Rüstungsstopp oder zumindest Verringerung der Rüstungen; Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa unter Einschluß beider deutscher Staaten.

Schaffung des Status einer unabhängigen, neutralen Freien Stadt für Westberlin, der ebenso wie die Zugangswege garantiert und respektiert wird.

Nichtangriffspakt zwischen den Staaten der NATO und denen des Warschauer Vertrages.

Was könnte durchschlagender die Vernunft und die den Interessen aller friedliebenden Menschen dienende Logik des Sieben-Punkte-Vorschlages unter Beweis stellen als die Tatsache, daß ein solches repräsentatives Gremium der europäischen Öffentlichkeit, wie es das Brüsseler Kolloquium war, zu nahezu denselben Schlußfolgerungen kommt!

Die darin zum Ausdruck kommende Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt spiegelt besonders deutlich die Enzyklika „Pacem in terris“ wider, die Papst Johannes XXIII. am Gründonnerstag dieses Jahres veröffentlichten

ließ. Dieser Papst, dessen Wahl auf den Stuhl Petri vor fünf Jahren eine gewisse Übergangslösung sein sollte, ist in einem viel tieferen und ganz anderen Sinne ein Papst des Übergangs geworden. Er hat sehr nüchtern das veränderte Kräfteverhältnis in der Welt eingeschätzt und daraus Schlußfolgerungen im Interesse der katholischen Kirche gezogen.

Das Neue an diesem päpstlichen Rundschreiben wird vor allem an drei Punkten sichtbar:

1. Die Enzyklika „Pacem in terris“ unterscheidet sich von allen früheren päpstlichen Verlautbarungen dadurch, daß sie sich nicht nur an die Glieder der katholischen Kirche wendet, sondern „an alle Menschen guten Willens“. Damit wird schon in der Adresse zum Ausdruck gebracht, daß die Sicherung des Friedens auf Erden heute nicht das Werk einer bestimmten Gruppe der Menschheit sein kann, sondern daß dazu die Zusammenarbeit, die gemeinsamen Anstrengungen aller Gutwilligen, gleich welcher politischen Meinung, welcher weltanschaulichen Überzeugung oder welchen Glaubens sie sind, notwendig sind.
2. Zum anderen ist die Enzyklika im Unterschied zu den Worten früherer Päpste getragen von einem tiefen Optimismus, von dem Vertrauen in die Kraft menschlicher Vernunft und guten Willens und von der tiefen Zuversicht, daß es der Menschheit in der Tat gelinge, eine dauerhafte Friedensordnung auf Erden zu errichten.
3. Durch die ganze Enzyklika zieht sich die Erkenntnis, daß der Friede auf Erden nicht gesichert wird durch Worte und Erklärungen, sondern durch das tatkräftige Handeln aller friedliebenden Menschen. Deshalb ruft sie alle Christen und besonders die Katholiken dazu auf, „sich für die Verwaltung der öffentlichen Aufgaben einsatzbereit zur Verfügung zu stellen und mitzuwirken, das Wohl der gesamten Menschheit und der eigenen politischen Gemeinschaft zu fördern“.

Es wundert uns nicht, daß den Vertretern des politischen Klerikalismus solche Töne erschreckend in den Ohren gellen. Besonders in Westdeutschland haben einige von ihnen in der Reaktion auf die päpstliche Friedensbotschaft gezeigt, worin ihre so viel berufene Katholizität besteht: im Antikommunismus, im rücksichtslosen Kampf gegen das Weltfriedenslager. Solange katholische Geistliche bereit waren, diesen Bestrebungen ihren Segen zu erteilen, so lange waren diese Ultras „treue Katholiken“. Nun, da der Papst selbst nicht zum Kampf gegen, sondern zur Zusammenarbeit mit Nichtchristen für die Erhaltung des Friedens aufruft, werfen sie – wie Herr Krämer-Badoni – ihr christliches Tarnmäntelchen von

sich und genießen sich nicht, den Heiligen Vater selbst zum Zielpunkt ihrer Angriffe zu machen.

Bei allen Christen – und besonders natürlich unter den Katholiken, die Mitglieder unserer Partei sind – herrscht eine tiefe Freude und Genugtuung über die Aussagen des päpstlichen Rundschreibens. Wir wissen, daß es manche unserer katholischen Freunde in den vergangenen Jahren in dieser Arbeit nicht immer leicht hatten, weil katholische Geistliche versuchten, sie unter Hinweis auf die von keinem bestrittenen Gegensätze zwischen dem christlichen Glauben und einer atheistischen Weltanschauung von der gemeinsamen politischen Arbeit an dem Neubau einer menschenwürdigeren Gesellschaftsordnung, wie sie der Sozialismus darstellt, abzuhalten.

Nun ruft die Enzyklika alle Katholiken, sich bewußt zu machen, daß sie „Glieder einer Gesellschaftsordnung“ sind, in der Menschen ihr „gegenseitiges Wohl“ suchen sollen. Dabei redet sie nicht einem Synkretismus das Wort. Aber sie weiß, daß sich Christsein gerade darin bewährt, daß man „die Meinung der anderen Seite mit echtem Wohlwollen sachlich und selbstlos prüft und bereit ist, mit vereinten Kräften zu schaffen, was seiner Natur nach gut ist oder zum Guten gewendet werden kann“. – Dies stimmt dem Sinne nach mit dem Inhalt des Gespräches vom 9. Februar 1961 weitgehend überein.

Ohne daß sie den Begriff der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit verschiedenen Gesellschaftsordnungen verwendet, tritt die Friedensenzzyklika dafür mit aller Deutlichkeit ein. Was ist das anderes als friedliche Koexistenz, wenn sie fordert, daß die „Streitigkeiten, die unter Umständen zwischen den Völkern entstehen, nicht durch Waffengewalt, sondern durch Verhandlungen beizulegen sind“, – wenn sie feststellt, daß „der wahre Friede unter den Völkern nicht durch die Gleichheit des militärischen Apparates, sondern nur durch gegenseitiges Vertrauen fest und sicher bestehen kann“, – wenn sie nach einer umfassenden Abrüstung und nach einem Gleichgewicht ruft, das „auf gegenseitigem Vertrauen, auf aufrichtigen Verträgen und auf unverletzlichen Vereinbarungen gegründet ist“.

In diesem Zusammenhang muß auch auf die Arbeit der Prager Christlichen Friedenskonferenz verwiesen werden. Diese christliche Friedensbewegung, die Mitarbeiter in mehr als 50 Ländern aller Erdteile hat, befaßte sich von Anfang an mit der deutschen Frage. Der Arbeitsausschuß dieser Konferenz hat auf seiner letzten Tagung, die Anfang April auf dem Boden der Deutschen Demokratischen Republik – in

Dresden — stattfand, beschlossen, den Präsidenten der beiden deutschen Parlamente brieflich seine Vorstellungen über eine friedliche Lösung der deutschen Frage zu übermitteln, und um weiterführende Gespräche gebeten. Während der Präsident der Volkskammer der DDR, Prof. Dr. Dieckmann, daraufhin Vertreter der CFK zu einem Gedankenaustausch einlud, lehnte der Präsident des westdeutschen Bundestages solche Gespräche ab. Diese Tatsache zeigt erneut, wo nach wie vor diejenigen sitzen, die die in allen Teilen der Welt immer stärker werdende Sehnsucht nach Entspannung, nach dem Abbau des kalten Krieges blockieren. Sie sitzen in den führenden Kreisen des deutschen Staates, der Hitlergenerälen und Naziblutrüchtern einflußreiche politische und ökonomische Positionen sichert. — In dem Brief der CFK an die beiden deutschen Parlamentspräsidenten heißt es u. a.:

„Aus der Freiheit, die uns das Evangelium schenkt, rufen wir deshalb zu einem neuen Mut und einer lebendigen politischen Phantasie... Dabei geht es zunächst um neue Verhältnisse zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik... Wenn die beiden deutschen Regierungen gegenseitig wenigstens ihre faktische Existenz anerkennen und miteinander verhandeln könnten und es auf sich nehmen würden, auf dem Gebiet der Kultur, der Wirtschaft, des Reiseverkehrs und sonst gegenseitige Beziehungen aufzubauen, würde viel gewonnen sein...“

Eine Annahme des Rapacki-Planes in irgendeiner Gestalt, ein Aufgeben der Hallstein-Doktrin, die Aufnahme der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik in die UNO, ein wechselseitiger Verzicht auf Gewaltanwendung, kein längeres Spekulieren auf den Revanchismus, jeder Verzicht auf den politischen Mißbrauch von Heimatgefühlen, eine bessere gegenseitige Information aller Beteiligten, eine Bereitschaft, die legitimen Interessen des Gegenübers ernstzunehmen, das alles ist nach unserer Erkenntnis für eine wirkliche Gestaltung des Friedens in Europa nötig.

Wir warnen nachdrücklich vor dem Drängen maßgebender Kreise in der Bundesrepublik auf Mitverfügungsgewalt über Atomwaffen. Es wäre für die Beruhigung der Welt und vor allem der Nachbarn Deutschlands von größter Bedeutung, wenn diese gefährlichen Tendenzen überwunden werden könnten...“

Es ist höchst bedeutsam, daß der 110köpfige Fortsetzungsausschuß der CFK, der in der Woche nach Pfingsten in Prag seine Tagung abhielt, sich hinter diese Briefe stellte und in seiner Resolution erneut auf die „noch immer ungelöste Frage des Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten und die Frage des internationalen Status von West-Berlin“ hinwies, „die dringend eine geduldige, aber unaufschiebbare Lösung auf dem Verhandlungswege sowohl zwischen den

Weltmächten als auch zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten beziehungsweise der Regierung der DDR und dem Senat von West-Berlin erfordern“.

Die Tagung des Ausschusses stand unter dem Thema „Leben heißt heute zusammenleben“. Daß ein so repräsentatives kirchliches Gremium, dem Kirchenmänner aus 31 verschiedenen Ländern angehören, die Frage der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsstrukturen nicht nur in den Mittelpunkt seiner Beratungen stellt, sondern auch für die Durchsetzung dieses politischen und völkerrechtlichen Prinzips, ohne das keine dauerhafte Friedensordnung gestaltet werden kann, einzutreten verspricht, ist ein weiterer Beweis für die Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt.

Es liegt auf der Hand, daß das Anwachsen kirchlicher Stimmen für die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz im allgemeinen und für eine friedliche Lösung der deutschen Frage im besonderen u. a. auch eine Frucht unserer Arbeit ist. Auch innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik haben eine Vielzahl kirchlicher Persönlichkeiten zu diesen Grundfragen unserer Zeit Stellung genommen. Lassen Sie mich aus einer Fülle von Beispielen nur drei in Ihr Gedächtnis rufen.

Bereits Mitte Februar begrüßte der thüringische Landesbischof D. Moritz Mitzenheim die Initiative des Vorsitzenden des Staatsrates zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Wenige Wochen später nahm der thüringische Kirchenmann auf einem festlichen Empfang zu Ehren des in Dresden tagenden Arbeitsausschusses der Christlichen Friedenskonferenz noch einmal zu der gleichen Frage Stellung. Er führte aus:

„Ich begrüße dankbar alle Anstrengungen, die für einen echten und dauerhaften Frieden gemacht werden. Ich bin dankbar, daß der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik erneut Vorschläge gemacht hat, die Verhandlungen der beiden deutschen Staaten über ein Abkommen der Vernunft und des guten Willens anregen. Ich bin dankbar dafür, daß diese Anregungen auch in kirchlichen Kreisen, in der kirchlichen Presse, auf Synodaltagungen positiv gewürdigt und erörtert wurden.“

Es muß gelingen, das Spannungsfeld Deutschland zu einem befriedeten Raum der Entspannung umzuformen. Der Weg dazu führt allein über das ruhige Sachgespräch legitimer Vertreter der beiden deutschen Staaten und über ein vernünftiges Arrangement der großen Weltmächte.“

Ende Februar gewährte der evangelische Bischof von Greifswald, Dr. Krummacher, dem „Evangelischen Nachrichtenendienst Ost“ ein Interview, in dem er sagte, er habe

in einem Brief die Aufmerksamkeit von Vertretern der Ökumene ;auf die Frage gerichtet, ob es nicht an der Zeit wäre, auf der Grundlage ‚der Vernunft und des guten Willens‘, wie es der Vorsitzende des Staatsrates der DDR ausgedrückt hat, den von ihm entwickelten Sieben-Punkte-Vorschlag für ein sachliches Näherkommen der Menschen in beiden deutschen Staaten ernster zu prüfen, als das offensichtlich unsere westdeutschen Brüder zur Zeit tun“.

Vor wenigen Tagen erst hat sich ein Kreis von Persönlichkeiten aus allen Landeskirchen und Freikirchen in der DDR mit dem Aufruf: „Tut Schritte der Vernunft und des guten Willens!“ an alle Christen in den beiden deutschen Staaten gewandt. Diese Erklärung ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil sich hier Repräsentanten unterschiedlichster theologischer Überzeugungen und kirchenpolitischer Gruppierungen zu einer gemeinsamen Aktion zusammengefunden haben. Die Erklärung spricht unsere Brüder und Schwestern in Westdeutschland in besonderer Weise an:

„Wir würden gern über Vorschläge und Empfehlungen auch von Ihrer Seite sprechen, die dem gleichen Ziel dienen können, einen Beitrag der Christen für die friedliche Koexistenz der beiden deutschen Staaten zu leisten. Wir bitten Sie, mit uns über den Sieben-Punkte-Vorschlag der Deutschen Demokratischen Republik und über Gedanken und Lösungswege, die sich aus Ihrer Sicht ergeben, in ein offenes und klärendes Gespräch einzutreten. Unser Volk braucht beherzte Schritte der Vernunft und des guten Willens, aus denen sich die Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten entwickeln kann. Das wird auch auf die sichtbare und lebhaft bekundete Gemeinschaft des Glaubens, die uns verbindet, fördernde und segensreiche Auswirkungen haben.“

Offensichtlich haben diese und andere Stellungnahmen gewisse noch in einigen Landeskirchenleitungen in unserer Republik sitzende Kirchenmänner gestört, die anscheinend die Lage nicht real einschätzen. Im März wurde z. B. auf der Sächsischen Landessynode ein Beschluß gefaßt, der einem kirchlichen Maulkorbgesetz gleichkommt. Glauben die dafür Verantwortlichen wirklich, alle kirchlichen Amtsträger und die in den Gemeinden Verantwortung tragenden Laien ließen sich die Wahrnehmung ihre Rechtes, zu politischen Fragen öffentlich Stellung zu nehmen, untersagen? – Im Artikel 9 unserer Verfassung ist eindeutig festgelegt:

„Alle Bürger haben das Recht, innerhalb der Schranken der für alle geltenden Gesetze ihre Meinung frei und öffentlich zu äußern und sich zu diesem Zweck friedlich und unbewaffnet zu versammeln. Diese Freiheit wird durch kein Dienst- oder Arbeitsverhältnis beschränkt; niemand darf benachteiligt werden, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht.“

Verletzungen unserer Verfassung werden wir nicht dulden. Jeder Bürger und damit auch jeder Pfarrer und kirchliche Amtsträger hat in unserem Staat das Recht und die Pflicht, an allen öffentlichen Angelegenheiten verantwortlich Anteil zu nehmen. Dazu gehört aber die öffentliche Entscheidung; dazu gehören verantwortliches Reden und Stellungnehmen.

Das sächsische Synodalwort verstößt gleichzeitig gegen den Geist und den Wortlaut des Kommuniqués vom 21. Juli 1958 über die Verhandlungen von Vertretern unserer Regierung und Vertretern der evangelischen Landeskirchen in der DDR, das die Beziehungen zwischen unserer Regierung und der evangelischen Landeskirche in der DDR regelt. In ihm erklärten die bevollmächtigten Kirchenmänner ausdrücklich, daß Christen ihre staatsbürgerlichen Pflichten auf der Grundlage der Gesetzlichkeit erfüllen. Offenbar paßt es gewissen Herren im sächsischen Landeskirchenamt nicht, daß immer mehr christliche Staatsbürger mit Enthusiasmus und großem Verantwortungsbewußtsein an der Gestaltung unseres öffentlichen Lebens teilnehmen.

Daß hier eine direkte Übereinstimmung mit der westdeutschen Militärkirche besteht, beweist folgender Tatbestand: Fast zur gleichen Zeit, in der die sächsische Synode ihren Beschluß verabschiedete, richtete die Kirchenkanzlei der „EKD“ in Hannover an alle westdeutschen Kirchenleitungen und kirchlichen Werke ein Schreiben, in dem sie um Zurückhaltung bei kirchlichen Äußerungen zu politischen Fragen bat und alle diejenigen Kirchenmänner, die künftig öffentliche Stellungnahmen abzugeben beabsichtigen, aufforderte, sich vorher mit Militärbischof Kunst in Bonn zu konsultieren, der beauftragt sei, solche Äußerungen zu koordinieren.

Es liegt auf der Hand, daß sich diese Regelung – wie die „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung“ in einem Kommentar triumphierend unterstreicht – in erster Linie gegen diejenigen westdeutschen kirchlichen Kreise wendet, die mit der Politik der Bonner Regierung nicht einverstanden sind. Daß ausgerechnet der Militärbischof mit der Gleichschaltung der kirchlichen Meinung beauftragt ist, macht nur aufs neue deutlich, wo die eigentlichen Drahtzieher westdeutscher Kirchenpolitik sitzen.

Die auf der Hand liegende Parallelität zwischen dem sächsischen Synodalbeschluß und der Anweisung der westdeutschen NATO-Kirche besteht darin: beide richten sich gegen diejenigen Christen in unserem Vaterland, denen es um Frieden und Verständigung, um den Abbau des kalten Krieges und normale Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten geht.

Das eben zitierte Organ des westdeutschen Monopol- und Rüstungskapitals äußerte in seinem Kommentar Zweifel daran, ob es den klerikalen Ultras mit diesen Maßnahmen gelingen werde, die für Frieden und Verständigung eintretenden Pfarrer zum Schweigen zu bringen. Im Blick auf die sächsische Landeskirche können wir schon heute feststellen, daß immer mehr kirchliche Amtsträger, ganz zu schweigen von den christlichen Bürgern, den Maulkorbbeschuß entschieden zurückgewiesen haben. Wenn man uns sagt: „Kirche muß Kirche bleiben“, so erinnern wir an den im faschistischen Konzentrationslager ermordeten Glaubenszeugen Dietrich Bonhoeffer, zu dessen Vermächtnis sich heute die gesamte evangelische Christenheit bekennt. Bonhoeffer hat in seinen „Briefen aus dem Gefängnis“ festgestellt: „Kirche ist nur Kirche, wenn sie für andere da ist. Sie muß an den weltlichen Aufgaben des menschlichen Gemeinschaftslebens teilnehmen, nicht herrschend, sondern helfend und dienend.“

Im übrigen mehren sich die Stimmen gegen diesen Synodalbeschuß aus dem Raum der sächsischen Landeskirche selbst. Die Kirchliche Bruderschaft in Sachsen hat an alle Mitglieder der Sächsischen Landessynode ein Rundschreiben gerichtet, in dem sie die Synodalen auffordert, den Beschuß zu revidieren, da er biblisch-theologisch nicht haltbar sei. In dem Schreiben, das unter anderem die Unterschriften von Pfarrer Günther, Karl-Marx-Stadt, Pfarrer Dr. Frielinghaus, Dresden, Pfarrer Feurich, Dresden, und Professor Heckmann, Leipzig, trägt heißt es:

„Es geht um die Gewinnung und Erhaltung des Friedens in dieser so und nicht anders beschaffenen Welt. Dazu bedarf es nicht allgemeiner Worte, sondern bestimmter Handlungen. Hierzu gehört wiederum die Mithilfe aller und die Beteiligung jedes einzelnen am verantwortlichen Nachdenken über realistische Möglichkeiten. Den Christen sind Anwendung von Vernunft und gutem Willen nicht verboten, sondern geboten. Solche sind ihnen Gaben Gottes. Daher müßten die Christen im Schaffen einer Atmosphäre des Vertrauens, und zwar durch Tat und Einsatz, vorangehen.

Es ist daher nicht einzusehen, warum die Kirche nicht zu bestimmten Friedensvorschlägen sprechen soll, die den Weg von Vertrauen und Verträgen beschreiten. Es muß auch gesehen werden, daß die DDR solche Vorschläge unterbreitet hat, die Bundesrepublik aber auf diese nicht eingegangen ist. Soll ausgerechnet unser Volk hier wieder versagen? Wir weisen im Gegensatz dazu auf die Erklärungen von Stuttgart, Darmstadt und Weißensee: das war konkret.“

Dem gleichen Ziel wie der Maulkorbbeschuß der sächsischen Synode sollen auch die sogenannten „Zehn Artikel über Freiheit und Dienst der Kirche“ dienen, die in Westberliner

und westdeutschen Kirchenkanzleien für den kalten Krieg gegen unsere Republik vorbereitet wurden. Wie der Maulkorbbeschuß, so stoßen auch diese Artikel auf eine entschiedene Ablehnung in der christlichen Bevölkerung, die sich durch solche von der westdeutschen Militärkirche gesteuerten Aktionen nicht irremachen läßt in ihrer Mitarbeit bei der politischen und wirtschaftlichen Festigung unseres Staates.

Der thüringische Landesbischof D. Mitzenheim hat in einer unserem Zentralorgan übergebenen Stellungnahme klar festgestellt, daß diese Artikel „keine Verlautbarung der evangelischen Kirchen nach außen“ und auch keine verbindliche „Handreichung für Pfarrer und Gemeinden“ darstellen. Es ist bezeichnend, daß die „Süddeutsche Zeitung“ vom 30. Mai 1963 die zehn Artikel unmittelbar neben das politische Pamphlet „Obrigkeit“ des weiland Ratsvorsitzenden und Westberliner Bischofs Dibelius stellt. Wir haben dagegen keine Einwendungen und teilen diese Einschätzung. Man kann deshalb heute schon voraussagen – auch wenn die „Süddeutsche Zeitung“ diese Schlußfolgerung noch nicht zieht –, daß die zehn Artikel dort landen werden, wo die Auslassungen des Herrn Dibelius – wie im übrigen auch manche anderen Handreichungen – gelandet sind: im Papierkorb.

Die christlichen Bürger unserer Republik jedoch gehen über solche Provokationen zur Tagesordnung über. Sie haben die Fragen ihrer schöpferischen Mitarbeit in der sozialistischen Gesellschaftsordnung seit langem mit einem klaren Ja beantwortet. Sie haben in der praktischen Bewährung ihrer christlichen Existenz im Sozialismus die beglückende Erfahrung gemacht, daß sie in die große Gemeinschaft derer gehören, die ein neues, menschenwürdiges Leben beim Bau der sozialistischen Gesellschaftsordnung erarbeiten.

Man kann den Theologen, die in den letzten Jahren immer wieder meinten, Handreichungen zu dem einen oder anderen Problem verfassen zu müssen, nur dringend raten, ihre Texte nicht von der westdeutschen NATO-Kirche ausarbeiten oder inspirieren zu lassen.

Es ist besonders erfreulich, daß aus den Freikirchen, die ein wesentliches Element des kirchlichen Lebens in unserem Staat darstellen, in letzter Zeit konstruktive und erfreuliche Beiträge zu hören waren. Im Mai tagten die Synoden bzw. Jahreskonferenzen der drei größten Freikirchen in der DDR. Auf diesen Tagungen wurden besonders die Glieder freikirchlicher Gemeinden gewürdigt, die, wie etwa unser Freund und Volkskammerabgeordneter Walter Riedel, Hervorragendes bei der ökonomischen Stärkung unseres Staates ge-

leistet oder aktiv in den Arbeitsgruppen „Christen“ der Nationalen Front mitgearbeitet haben. Die Synode der Methodistischen Kirche, die im Bezirk Karl-Marx-Stadt tagte, verabschiedete auf Grund des Berichts ihres Ausschusses für den Weltfrieden einstimmig eine Resolution, die mit folgenden Worten beginnt:

„Wir danken allen Staatsmännern, Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen, die sich für den Frieden einsetzen, für jede verantwortungsbewußte und unermüdete Arbeit im Dienste zur Erhaltung des Friedens in der Welt. Wiederum und erneut rufen wir jedoch alle Menschen und Mächte auf, jedes Wettrüsten, besonders in nuklearen Waffen, zu unterbinden. Denn weder heißer noch kalter Krieg lösen die Probleme. Nur Verhandlungen im ersten Willen zur Koexistenz können bestehende Schwierigkeiten im Zusammenleben der Völker klären und beseitigen.“

Auf einer Veranstaltung der Konferenz der Evangelischen Gemeinschaft in Erfurt hatte unser Unionsfreund Victor Thiel Gelegenheit, die Haltung unserer Partei zu den nationalen Fragen und den vor uns stehenden ökonomischen Aufgaben zu erläutern.

Diese Tatsachen zeigen, daß diejenigen Christen in der DDR, die in den letzten Jahren immer klarer ihre Verpflichtung zur Mitarbeit erkannt haben, nicht nur bereit sind, auf unsere Stimme zu hören, sondern sich auch dankbar zeigen, wenn wir ihnen etwas aus dem großen Schatz der Erfahrungen mitteilen können, die wir in unserem nunmehr schon achtzehnjährigen Wirken gewonnen haben. Diese Tatsache beweist besser als alles andere, daß in unserem Verhältnis zu den Kirchen in den letzten Jahren manche erfreulichen Wandlungen eingetreten sind.

Diese Erfolge sind uns nicht in den Schoß gefallen. Sie sind das Ergebnis unseres unermüdeten Ringens um eine gesellschaftliche Neuorientierung der Christenheit in unserem Vaterlande. Sie sind das Ergebnis der aufopferungsvollen Arbeit der vielen hunderttausend christlichen Bürger beim Aufbau unserer sozialistischen Volkswirtschaft; das Ergebnis des Wirkens unserer Abgeordneten und Staatsfunktionäre bei der Festigung der sozialistischen Demokratie; das Ergebnis der Bemühungen unserer Kulturschaffenden und Lehrer bei der Erziehung und Bildung des verantwortungsbewußten sozialistischen Menschen; das Ergebnis des Einsatzes unserer Partei bei der Stärkung der politisch-moralischen Einheit unserer Bevölkerung und der Vertiefung der Gemeinsamkeit mit allen humanistischen Kräften. Nicht so sehr theoretische Erörterungen, nicht Worte und Erklärungen allein — so wichtig sie sind — haben die gesellschaftliche Neuorientierung der übergroßen

Mehrheit der Christen in unserem Staat Wirklichkeit werden lassen, sondern die Tat und die praktische Mitarbeit am Aufbau des Sozialismus.

Nach 1945 war es allen einsichtigen Christen in unserem Vaterland klar, daß die Kirchen ihre Vergangenheit aufzuarbeiten und Schlußfolgerungen aus ihrem Versagen zu ziehen verpflichtet sind. Zwischen einer richtigen Einsicht und einem aus dieser Einsicht entspringenden Handeln liegt aber eine beträchtliche Wegstrecke. In einer Diskussion erklärte kürzlich ein bekannter Theologe: Wenn es in den letzten Jahren die Christlich-Demokratische Union nicht gegeben hätte, dann hätten die wenigsten Christen in unserem Staat den Schritt von der Erkenntnis zum Tun vollzogen.

Unsere Partei schuf mit ihrer Arbeit die Voraussetzungen dafür, daß Hunderttausende christlicher Menschen ihre eigene Vergangenheit bewältigen und zu Mitarbeitern an einer besseren Zukunft werden konnten. Offensichtlich meint der große Baseler Theologe Karl Barth das, wenn er in seinem Briefwechsel mit Otto Nuschke aus dem Jahre 1956 und in seinem Antwortbrief auf die Glückwünsche unseres Hauptvorstandes zu seinem 75. Geburtstag vor zwei Jahren zu einer positiven Würdigung unserer Partei kommt. In dem letztgenannten Brief schreibt er: „Sie dürfen gewiß sein, daß ich mich auch in Zukunft bemühen werde, die Linie, auf der Sie mich bisher gesehen haben und auf der mich Wichtiges mit Ihnen verbindet, auch in der mir noch geschenkten Zukunft zu halten.“

In den vergangenen Jahren haben sich nun auch in der DDR Theologen und Laien zusammengefunden, die auf ihre Weise bemüht sind, aus der Stuttgarter Schulderklärung von 1945 und dem Darmstädter Wort des Reichsbruderrates die Konsequenzen zu ziehen und damit den Prozeß der gesellschaftlichen Neuorientierung der Christenheit zu unterstützen. Es geht diesen Freunden, von denen ich etwa den Bund evangelischer Pfarrer, den Weißenseer Kreis, den Weimarer Arbeitskreis und einige Pfarrer der Goßner-Mission nenne, um die christliche Existenz im Sozialismus und dabei vor allem um die theologische Bewältigung der damit zusammenhängenden Probleme, die für uns interessant und wichtig sind.

Wir begrüßen diese Initiative, die in der Vergangenheit immer wieder von der Last unbewältigter Traditionen erstickt zu werden drohte. Unsere Zusammenarbeit erhält immer größeres Gewicht, wenn diese Freunde erkennen, daß nach einer theoretischen Bewältigung dieser Probleme die gesellschaftliche Konsequenz in der praktischen Mitarbeit an unserem Aufbau gezogen werden muß. Dabei können sie sich auf die umfangreichen Erfahrungen unserer Partei beim Auf-

bau des Sozialismus stützen. Alle Vorbehalte gegenüber den Ausschüssen der Nationalen Front oder der Arbeit der CDU schwinden mit den praktischen Erfolgen einer segensreichen Zusammenarbeit für das Ganze.

Manche Pfarrer und andere Gemeindeglieder meinen, noch immer unverbindlich und abstrakt über das Verhältnis von Staat und Kirche diskutieren zu können, während sie zurückschrecken, wenn sie von der CDU auf ihre Verpflichtung zur Mitarbeit angesprochen werden. Genau dies aber ist die Gretchenfrage. Beim umfassenden Aufbau des Sozialismus entscheiden nicht Worte, sondern Taten.

Die Lage solcher Gruppen in den Kirchen ist jedoch zusätzlich dadurch kompliziert, daß sie sich auf Grund ihrer unterschiedlichen theologischen Ausgangspositionen untereinander streiten. Nichts liegt uns ferner, als in theologische Auseinandersetzungen einzugreifen. Wir sind eine Partei, in der sich Christen verschiedener Konfessionen und unterschiedlicher theologischer Meinung zur gemeinsamen Wahrnehmung politischer Verantwortung zusammengefunden haben. Deshalb ist es unsinnig, von einer „Theologie der CDU“ zu sprechen. Wir haben keine solche Theologie. Aber wir haben ein Interesse an der Zusammenarbeit aller Christen, denen es um die Erhaltung des Friedens und um die Gestaltung einer Gesellschaftsordnung geht, in der der Mensch wirklich des Menschen Freund und Bruder sein kann. Diese Zusammenarbeit muß zur Stärkung der politisch-moralischen Einheit unseres ganzen Volkes beitragen.

Gerade nach dem VI. Parteitag der SED geht es darum, alle schöpferischen Kräfte unseres Volkes auf die Einheit unserer nationalen und unserer ökonomischen Politik beim umfassenden Aufbau des Sozialismus zu orientieren. In einer solchen Situation kommt es darauf an, die Elemente der Gemeinsamkeit zwischen den verschiedenen kirchlichen Gruppierungen und der Politik der Nationalen Front zu unterstützen und nicht durch abseitige theologische Diskussionen unsere große Allianz in der Aktion zu schwächen.

Auf Grund unserer jahrelangen Erfahrungen müssen wir feststellen, daß ungeachtet aller konfessionellen und theologischen Unterschiede die Basis für ein solches gemeinsames Handeln in der Zustimmung zu folgenden Grundsätzen besteht:

Anerkennung der gesellschaftlichen Wandlungen in unserem sozialistischen Staat auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet;

Orientierung auf den Aufbau einer dauerhaften Friedensordnung durch ein Abkommen der Vernunft und des

guten Willens im Sinne des Sieben-Punkte-Programms von Walter Ulbricht;

Loyalität zur Regierung der Arbeiter-und-Bauern-Macht; Mitarbeit des einzelnen christlichen Staatsbürgers für unseren Staat;

Herausarbeitung und Vertiefung der internationalen Gemeinsamkeit der Friedenskräfte unter Christen und Nichtchristen.

Die Übereinstimmung in diesen Grundfragen vertieft die Zusammenarbeit aller dieser Gruppen und führt sie immer klarer zur gesellschaftlichen Mitarbeit an den Aufgaben zur Stärkung des ersten deutschen Friedensstaates.

In wenigen Wochen jährt sich zum fünften Male der Tag, an dem Verhandlungen zwischen Vertretern der evangelischen Landeskirchen der DDR und unserer Regierung mit der Veröffentlichung jener Gemeinsamen Erklärung abgeschlossen wurden, die eine neue Etappe im Verhältnis der evangelischen Kirchen zu unserem Staat einleiteten: eine Etappe normaler Beziehungen und vertrauensvoller Zusammenarbeit. In diesem Kommuniqué formulierten die evangelischen Landeskirchen ihre Absage an den ein Jahr zuvor zwischen dem Rat der EKD und der Bonner Regierung abgeschlossenen Militärseelsorgevertrag, der die EKD einseitig an die verderbliche NATO-Politik Bonns band, eine NATO-hörige Militärkirche in Westdeutschland herausbildete und die Spaltung der EKD vollzog.

Es ist wichtig, in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, daß beim Zustandekommen dieser Loyalitätserklärung der evangelischen Kirchen gegenüber unserem Staat die Massen der christlichen Bürger in der DDR aktiv mitgewirkt haben. Sie waren es, die in der Gemeinsamkeit mit allen demokratischen Kräften in der Öffentlichkeit ihre Mißbilligung gegenüber denjenigen DDR-Synodalen zum Ausdruck brachten, die dem Abschluß des Militärseelsorgevertrages zugestimmt hatten. Sie waren es, die deutlich gegen den damit verbundenen Mißbrauch ihres Glaubens im Dienste einer gefährlichen Rüstungs- und Revanchepolitik der Bonner Regierung protestierten. Sie waren es, die angesichts dieser Provokation ihre Verpflichtung, als Christen bei der Gestaltung einer Welt ohne Krieg und Ausbeutung mitzuwirken, nur noch ernster nahmen. Im Grunde war es die machtvolle Unterschriftenaktion, mit der 6000 christliche Lehrer den Versuch der NATO-hörigen Kräfte der EKD-Synode im Frühjahr 1958, die Schulpolitik unseres Staates in Frage zu stellen, zurückwiesen, — im Grunde war es diese Aktion, die die Kirchenvertreter zu

jenen Verhandlungen veranlaßte, aus denen dann das Kommuniqué hervorging. In ihm heißt es:

„Die Vertreter der evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik erklärten, daß die Kirche mit den ihr gegebenen Mitteln dem Frieden zwischen den Völkern dient und daher auch grundsätzlich mit den Friedensbestrebungen der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Regierung übereinstimmt. Ihrem Glauben entsprechend erfüllen die Christen ihre staatsbürgerlichen Pflichten auf der Grundlage der Gesetzlichkeit. Sie respektieren die Entwicklung zum Sozialismus und tragen zum friedlichen Aufbau des Volkslebens bei.“

Damit werden Grundsätze für die Beziehungen der Kirchen zu unserem Staat formuliert, die sich in den vergangenen fünf Jahren als äußerst fruchtbar und vorwärtsweisend erwiesen.

Der dialektische Zusammenhang, der zwischen den Beziehungen zwischen den Staatsorganen und den Kirchenleitungen auf der einen Seite und der Aktivität christlicher Bürger bei der Wahrnehmung ihrer politischen Verantwortung auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens auf der anderen Seite besteht, ist besonders deutlich sichtbar geworden in jenem historischen Gespräch zwischen dem Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, und einer von Professor D. Emil Fuchs geleiteten Gruppe von Theologen und kirchlichen Persönlichkeiten am 9. Februar 1961. Die Aussagen dieses Gespräches sind für uns die Magna Charta der brüderlichen Zusammenarbeit zwischen Christen und Nichtchristen auf der Grundlage ihrer gemeinsamen humanistischen Anliegen.

Offensichtlich haben einige Kirchenmänner in der DDR diesen dialektischen Zusammenhang zwischen dem Kommuniqué und dem Gespräch vom 9. Februar noch nicht ganz verstanden. Wie könnten sie sonst immer wieder einmal erklären, daß sie zwar die Gespräche mit Vertretern unseres Staates führten, weil es sich dabei um Repräsentanten der Obrigkeit handelt, es aber entschieden ablehnten, Einladungen der Nationalen Front zu ähnlichen Gesprächen Folge zu leisten. Hinter einer solchen Haltung verbirgt sich eine mangelhafte Kenntnis vom Wesen des sozialistischen Staates. Im sozialistischen Staat gibt es nicht mehr eine „Obrigkeit“, die über „Untertanen“ herrscht. Die sozialistische Demokratie ruft ausnahmslos alle Bürger zum Mitarbeiten, Mitplanen, Mitregieren. Wir alle sind Obrigkeit. Es gibt keinen prinzipiellen Unterschied zwischen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und den Vertretern der Staatsmacht.

Das bedeutet, daß die Entwicklung der normalen Beziehungen der Kirchen zu unserem Staat nicht mehr allein auf gleichsam „diplomatische“ Weise vollzogen werden kann, sondern daß alle Bürger und vor allem natürlich die Christen ein entscheidendes Wort in allen diesen Fragen mitzusprechen haben. Das werden die Kirchenleitungen in Zukunft stärker denn je berücksichtigen müssen, zumal viele Christen immer nachdrücklicher fragen, ob es immer so bleiben muß, daß verantwortliche Kirchenmänner immer um eine Phase der gesellschaftlichen Entwicklung zu spät zu den Einsichten gelangen, die für uns vor acht oder zehn Jahren schon Ausgangspunkt unseres Handelns waren.

Wie die überwiegende Mehrheit der evangelischen Christen, so fühlen sich auch die katholischen Bürger in unserer Republik als fester Teil der politisch-moralischen Einheit unseres Volkes. Sie haben vielfach eine vorbildliche Aktivität auf den unterschiedlichsten Gebieten des gesellschaftlichen Lebens entfaltet. Die Konferenzen der Nationalen Front mit katholischen Bürgern haben das auch vor der Öffentlichkeit sichtbar gemacht.

Wir sind überzeugt, daß die Friedenszyklika von Papst Johannes XXIII. auch in unserer Republik eine positive Wirkung ausüben wird. Im Bezirk Cottbus haben unsere Freunde in den vergangenen Tagen Gespräche mit zahlreichen katholischen Geistlichen geführt. Dabei brachten die katholischen Priester immer wieder zum Ausdruck, wie dankbar sie für das klare Friedenswort des Papstes seien. Sie wollten ihre Gläubigen nun auch stärker als bisher zur Zusammenarbeit mit Nichtchristen ermuntern.

Der neue Papst Paul VI. hat sich noch vor seiner Wahl zum Vermächtnis seines Vorgängers bekannt. In einer Predigt sagte er: „Das Grab Johannes XXIII. kann sein Erbe nicht einschließen. Der Tod kann nicht den Geist ersticken, den er über unser Zeitalter wehen ließ. Mögen wir niemals den Weg verlassen, den er uns auf so meisterhafte Weise vorgezeichnet hat. Etwas Derartiges wäre undenkbar.“ Wir hoffen, daß Papst Paul VI. das große Werk des II. Vatikanischen Konzils im Sinne der Sicherung des Friedens unter den Völkern und zum Segen der ganzen Menschheit fortsetzen wird.

Die Deutsche Demokratische Republik, der erste Friedensstaat in der deutschen Geschichte, ist das Vorbild für ganz Deutschland. Dies gilt auch für die Aktivität und Mitarbeit der Christen in unserem Staat. Noch niemals in der deutschen Geschichte hatten christliche Menschen die Möglichkeit, ihre individuelle Friedens- und Nächstenliebe so in Übereinstimmung mit einer auf Sicherung des Friedens und der

Menschlichkeit gerichteten Politik bringen zu können, wie unser sozialistischer Staat sie ihnen bietet.

Es liegt auf der Hand, daß diese Tatsache starke Auswirkungen auf Westdeutschland hat. Wenn in letzter Zeit in westdeutschen kirchlichen Kreisen Bemühungen um eine Aufarbeitung der Vergangenheit in Gang gekommen sind, dann ist das auch auf die Existenz der DDR und die Mitarbeit ihrer christlichen Staatsbürger zurückzuführen.

Freilich gibt es dabei neben aufrichtigen Ansätzen zur Bewältigung der Vergangenheit auch Versuche, die aus dem Bestreben geboren sind, der wachsenden Isolierung entgegenzuwirken, in die der westdeutsche Staat in zunehmendem Maße in der Weltöffentlichkeit auf Grund der Tatsache gerät, daß seine Schlüsselpositionen in Politik, Militär, Justiz und Wirtschaft weithin von ehemaligen Nazis besetzt sind. Einen solchen Versuch stellt zweifellos das Wort der evangelischen Kirchen in Westdeutschland zu den NS-Kriegsverbrecherprozessen dar. In diesem Wort geht es eingeständenermaßen in erster Linie darum, sich gegenüber dem Anwachsen der „kritischen Stimmen“ in der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. In dieser Erklärung wird u. a. gesagt:

„Wir Älteren sind jetzt noch einmal gefragt, ob wir das Ausmaß der in nationalsozialistischer Zeit von deutschen Menschen mit staatlichen Gewaltmitteln geplanten, befohlenen und unbeschreiblich grausam ausgeführten Massenverbrechen endlich zur Kenntnis nehmen und uns dieser Vergangenheit stellen wollen, statt die Erinnerung daran zu verdrängen und jede Mitverantwortung dafür zu leugnen. Begangenes Unrecht kommt nicht dadurch zur Ruhe, daß man es totschweigt, und nur Unverstand kann von Beschmutzung des eigenen Nestes reden, wo es in Wahrheit darum geht, ein schwer beschmutztes Nest zu säubern.“

Das sind gute Worte, mit denen wir übereinstimmen. Aber die Erklärung bricht genau dort ab, wo sie konkrete Schlußfolgerungen für die Situation in Westdeutschland ziehen müßte, wo die Beseitigung der Nazis und Militaristen aus Verwaltung und Gerichtsbarkeit, Hochschulen und Schulen und aus allen öffentlichen Einrichtungen in der Bundesrepublik verlangt werden müßte. Erst wenn man in Konsequenz dieser Erklärung z. B. die Forderung aller friedliebenden Deutschen nach dem Rücktritt des Judenmörders Globke unterstützt, wenn man den Militärseelsorgevertrag und damit die moralische Unterstützung der Bonner Hitlergenerale aufkündigt, wird die Verlautbarung ein Zeichen für das wirkliche Bemühen sein, an die Worte von Stuttgart und Darmstadt anzuknüpfen.

Es ist heute noch in bestimmten kirchlichen Kreisen üblich, diejenigen Pastoren und Theologen, die Mitglieder unserer Partei sind oder aktiv in den Arbeitsgruppen der Nationalen Front und im Christlichen Arbeitskreis beim Deutschen Friedensrat mitwirken, als „Friedenspastoren“ zu bezeichnen. Dabei wird dieser Benennung ein abwertender Sinn unterlegt. Ist das nicht grotesk? Um die Jahrhundertwende haben chauvinistische Kreise zur Diffamierung derjenigen, die für den Frieden eintraten, den Begriff „Friedenshitzer“ geprägt. In dieser Tradition stehen – bewußt oder unbewußt – alle diejenigen, die heute unsere Freunde auf diese Weise treffen wollen, – in der unheilvollen Tradition der Bindung der Kirche an den deutschen Imperialismus und Militarismus.

Daß diese Bindung im Bonner Staat in alter Gefährlichkeit neu erstanden ist, beweisen die Meldungen über die Praxis der westdeutschen Militärseelsorge aus jüngster Zeit zum wiederholten Male. In ihrer Ausgabe vom 27. Mai 1963 berichtet die „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung“ von einem Aufsatz des Obersten Hans-Ulrich Schröder, in dem erneut festgestellt wird:

„Es bleibt hier nur zu bemerken, daß gerade in jüngster Zeit die NATO-Stabsübung Fallex 62 wieder deutlich erwiesen hat, daß nur derjenige Soldat im Inferno eines mit modernen Hochleistungswaffen geführten Krieges bestehen kann, der den seelischen Belastungen gewachsen ist. Dazu bedarf es in erster Linie eines festen christlichen Glaubens an die göttliche Allgegenwart und Liebe, aber auch einer Überzeugung von dem Wert der unter Einsatz des eigenen Lebens zu verteidigenden Güter.“

Das ist Blasphemie. Wir haben immer wieder auf den ungeheuerlichen Mißbrauch aufmerksam gemacht, dem im Bonner Staat der christliche Glaube ausgesetzt ist. Nicht die „Friedenspastoren“, sondern jene Militärseelsorger, die den christlichen Glauben zum Instrument des kalten Krieges machen, richten die Glaubwürdigkeit und das Ansehen der evangelischen Kirche zugrunde. Ich möchte es einmal deutlich aussprechen, daß es für einen Pfarrer, der das Evangelium verkündet, nichts Ehrevolleres gibt, als „Friedenspfarrer“ genannt zu werden. Was könnte ein Geistlicher heute Besseres tun, als sich mit allen Menschen guten Willens in dem Bemühen um die Gestaltung einer dauerhaften Friedensordnung zu vereinen! Diese Gemeinsamkeit aller demokratischen Kräfte, die zu den größten Errungenschaften unseres Staates gehört, wollen wir auch in Zukunft wie unseren Augapfel hüten.

Wenn der Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, in dem Gespräch am 9. Februar 1961 erklärte: „Ich komme aber

im Zuge unserer praktischen und freundschaftlichen Zusammenarbeit immer mehr zu der Überzeugung, daß Sozialisten, Kommunisten und Christen – unbeschadet ihrer verschiedenen Weltanschauungen – bei der Gestaltung des Lebens und der Gesellschaft und der Sicherung des Friedens auf dieser Erde zusammengehören und einfach zusammenarbeiten müssen“ – dann können wir nur erneut unsere völlige Übereinstimmung mit diesen Aussagen zum Ausdruck bringen.

Wir werden niemals vergessen, daß wir als Christen eine verantwortungsvolle Aufgabe beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik zu erfüllen haben und daß nicht nur unsere Mitbürger in der DDR, sondern auch unsere Brüder und Schwestern in Westdeutschland und weit darüber hinaus auf uns sehen. Von unserer Bewährung in den Aufgaben unserer Zeit hängt Entscheidendes ab.

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 2 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Ökumene und Weltfriedensbewegung
- 6 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands
- 8 Günter Wirth: „Europäische Einigung“ oder Europa des Friedens?
- 18 Hubert Faensen: Die künstlerische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 19 Gertrud Illing: Der 20. Juli 1944
- 23 Herbert Trebs: Sozialistische Kulturrevolution und christlicher Glaube
- 24 Günter Wirth: Zur Politik der Christlich-Demokratischen Union 1945 bis 1950
- 27 Duong-Van-Dam: Die Lage des Katholizismus in Vietnam
- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 54 Prof. Dr. Amedeo Moínár: Johannes Hus, der Wahrheitsverteidiger
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU — Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 59 Siegfried Welz: Der algerische revolutionäre Befreiungskrieg
- 61 Hans Zillig: Der Christ in der sozialistischen Landwirtschaft
- 62/63 Alwin Schaper: Der nationale Gedanke und der Kampf für den Frieden
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 67 Christen und Marxisten verbinden gemeinsame Ziele und Ideale — Das Gespräch des Vorsitzenden des Staatesrates, Walter Ulbricht, mit einer Delegation von Theologen, kirchlichen Amtsträgern und christlichen Bürgern am 9. Februar 1961
- 68 Alwin Schaper: Antikommunismus — Instrument der Kriegsvorbereitung
- 70 Dr. Helmut Roob: Erbe und Vorbild — Der frühbürgerliche Humanismus in der Sicht unserer Zeit

- 71 Siegfried Welz: Kubas Weg in die Freiheit
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn — Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 78 Gerald Götting: Die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Neuorientierung der Christenheit in Deutschland. — Die Kirche und das Nationale Dokument
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 82/83 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84/85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung
- 86 Die Christlich-Demokratische Union in der Deutschen Demokratischen Republik
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 88 Johannes Oertel: Die Welt des Landbischofs Lilje — Eine Auseinandersetzung
- 89 Briefe an einen Pfarrer
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 93 Dr. Eberhard Bock: Lebendiger Glaube — tätige Liebe (Zum 300. Geburtstag von August Hermann Francke)
- 94 Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns
- 95 Wolfgang Heyl: Glanz und Elend der Adenauer-CDU
- 96 Die Friedensbotschaft des Papstes
- 97 Walter Bredendiek: Die Friedensappelle deutscher Theologen von 1907/08 und 1913

Verkaufspreis 0,50 DM